



Medienminister Blümel wünscht mehr „Sorgfalt und Verantwortung im Netz“ – und nimmt Diensteanbieter in die Pflicht.

Foto: Regine Hendrich

FLORIAN SCHEUBA

## Der kleine Austausch



In der emotional geführten Debatte um angebliche Verflechtungen zwischen den Identitären und der FPÖ ist es Zeit

für eine sachliche Analyse. Dabei wäre zu klären, auf welchen Fakten der Vorwurf an die Identitären beruht, sie hätten zu wenig Distanz zur FPÖ:

■ In Linz haben sich die Identitären bis vor kurzem ein Haus mit der Burschenschaft Arminia Czernowitz geteilt. Die einschlägig bekannte Verbindung gilt als extrem FPÖ-unterwandert und ist in der Vergangenheit durch Vorträge über die „jüdische Weltverschwörung“, sowie Einladungen mit Originalsujet der NSDAP, auf denen nur das Hakenkreuz übermalt war, aufgefallen.

Mitglied ist unter anderem der bekennende FPÖ-Aktivist Detlef Wimmer, dem das Heeresabwehramt die Offizierslaufbahn verweigerte, da er „Distanz zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen vermissen lasse“. Die Diskussion, ob aktive Mitglieder der FPÖ Sperrvermerken beim Bundesheer unterliegen sollen, wurde dadurch wieder angefacht.

■ Bei einer Veranstaltung der Identitären in Judenburg hielt der für seine verbalen Ausfälle bekannte FPÖ-Aktivist Wolfgang Zanger (Codename in der Szene: „Beidl“) eine Rede. Zuvor hatte er schon gemeint: „Natürlich hat es gute Seiten am Nationalsozialismus gegeben.“

■ Nachdem dieser Tage wieder die rechtsextreme Vergangenheit des freiheitlichen Anführers Heinz-Christian Strache thematisiert wurde (Teilnahme an Wehrsportübung mit Gottfried Küssel, polizeiliche Festnahme bei einer Neonazi-Demonstration, familiäres Verhältnis zu Norbert Burger,

dem Ziehvater nationalsozialistischer Wiederbetätigung et cetera), schlugen die Freiheitlichen zurück und wiesen auf braune Flecken in der Vergangenheit des Identitären-Obmanns Martin Sellner hin.

Dieser war Mitglied der Burschenschaft Olympia, einer besonders radikalen Gruppierung, bei der Holocaust-Leugner ebenso zu Gast waren wie Verfasser von Spottliedern über die Judenvernichtung („Bei 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bei 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an“) und die bis heute als Kaderschmiede der FPÖ gilt.

■ Als besonders peinlich gilt für einige Identitäre ihre Teilnahme an einer auch von FPÖ-Aktivistinnen mitorganisierten Veranstaltung in Linz, bei der unter anderem der berühmte Hassprediger Herbert Kickl eine Rede hielt. Kickl gilt als Mastermind der freiheitlichen Bewegung und soll auch für deren aufsehenerregende Störaktionen, zum Beispiel die Erstürmung der Zentrale des Verfassungsschutzes, verantwortlich sein. Das sei „friedlicher Aktionismus“, und „inhaltlich können wir das alles unterschreiben“, hieß es dazu einst bei vielen Identitären, die jetzt auf Distanz gehen.

Kann man diesen Konflikt als politisch irrelevanten Sektierer-Kampf abtun und nach dem Motto „Stop making stupid people famous“ ignorieren? Leider nein, denn im Ausland wird die rechtsextreme Unterwanderung österreichischer Sicherheitsinstitutionen mit Sorge beobachtet und könnte zu einem für uns gefährlichen Stopp beim Austausch sicherheitsrelevanter Daten führen. Für die Rückgewinnung des Vertrauens wird die Aussage allein, dass man keinen „schwammigen Umgang“ mit der FPÖ dulde, zu wenig sein.

# Hassnachrichten an Frauen bleiben legal

Das „digitale Vermummungsverbot“ schränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung ein. Besser wäre es, Gesetzeslücken zu schließen, Polizei und Justiz zu schulen und besser auszustatten. Daran besteht aber offensichtlich kein Interesse.

Sigrid Maurer

Unter dem Vorwand, Hass im Netz bekämpfen zu wollen, beschränkt die Regierung das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung – das dürfen wir nicht akzeptieren.

Die Regierung hat im gestrigen Ministerrat ein Gesetz vorgelegt, das eine Identifikationspflicht für Foren und Social-Media-Plattformen im Netz vorsieht. Posten darf dann nur noch, wer seine Identität preisgibt. Die Plattformen müssen die Identitätsnachweise einsammeln, bei Verstößen drohen hohe Strafen. Die Regierung behauptet, es ginge dabei um die Bekämpfung von Hass im Netz. Statt Hilfe für die von Hass Betroffenen gibt es aber eine massive Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Eine Meinung zu haben und diese auch äußern zu dürfen ist ein zentrales Grundrecht in einer Demokratie. Dieses

Recht darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, alle sollen am öffentlichen Diskurs teilnehmen können. In digitalen Zeiten findet dieser Diskurs zu einem guten Teil nicht mehr über Leserbriefseiten von Zeitungen, sondern in deren Foren und auf Social Media statt. Die Regierung knüpft das Grundrecht aber nun daran, dass Userinnen und User für die Ausübung ihres Grundrechts ihre Identität preisgeben müssen, auch gegenüber multinationalen Konzernen, die nicht gerade für ihren sorgsam Umgang mit sensiblen Daten bekannt sind.

### Regierung blieb untätig

Die Diskussion zu Hass im Netz hat sich seit dem letzten Jahr intensiviert – dazu hat auch mein Fall beigetragen. Ich hatte extrem widerwärtige, sexistische Hassnachrichten samt Klarnamen des Accountbesitzers öffentlich ge-

macht, weil ich keine Möglichkeit hatte, mich rechtlich dagegen zu wehren. Der weitere Verlauf ist bekannt – ich wurde verklagt und verurteilt, mittlerweile ist das Urteil wieder aufgehoben, und das Verfahren beginnt von vorn. Das Grundproblem besteht aber unverändert, es ist nach wie vor legal, Frauen derartige Hassnachrichten zu senden – die Regierung blieb komplett untätig. Sie hat aber meinen Fall im Rahmen eines einstündigen „Gipfels“ im vergangenen Herbst dazu missbraucht, um nun die Freiheit von uns allen einzuschränken.

Wie widersinnig der Gesetzesvorschlag der Regierung ist, zeigen die Aussagen von allen Expertinnen und Experten, die sich mit dem Thema befassen: 90 Prozent der Hasspostings werden unter Klarnamen verfasst, das entspricht auch meiner langjährigen Erfahrung als Betroffene.

Der anonyme Hassposter, den Medienminister Gernot Blümel vor Augen hat, ist die Ausnahme, nicht die Regel. Wenn die Regierung tatsächlich etwas gegen den Hass im Netz unternehmen wollen würde, müssten Gesetzeslücken geschlossen werden, Polizei und Justiz entsprechend geschult und auch besser ausgestattet werden. Daran besteht aber offensichtlich kein Interesse.

Blümel argumentiert, das Internet dürfe kein rechtsfreier Raum sein. Das ist es natürlich auch jetzt nicht. Provider sind schon lange verpflichtet, bei Straftaten IP-Adressen an die Justiz zu übergeben. Dass dies manchmal an deren Tempo scheitert, ist ein anderes Problem. Und klar, wie in jedem anderen Bereich gibt es auch hier manchmal Fälle, bei denen die Verfasserin oder der Verfasser nicht gefunden werden kann – daran wird das neue Gesetz aber

auch nichts ändern. Wer es darauf anlegt, anonym Straftaten zu begehen, wird das natürlich auch in Zukunft schaffen – ob mit gestohlenen Identitäten oder sonstigen Tricks.

Stichwort gestohlene Identitäten: Österreich ist nicht das erste Land, das auf die Idee einer solchen Registrierungspflicht kommt. Südkorea hat sie schon durchgespielt, mit den folgenden Ergebnissen: Der Hass im Netz nahm nicht ab, dafür landeten aber nach Hackerangriffen die Identitäten von 35 Millionen Südkoreanerinnen und Südkoreanern auf dem Schwarzmarkt.

Ein Szenario, das auch hierzulande durchaus realistisch ist, immerhin müsste jede Plattform, die der Registrierungspflicht unterliegt, entsprechende Datenbanken mit den Identitäten der Userinnen und User anlegen. Das südkoreanische Gesetz gilt als völlig gescheitert und wurde auch vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

### Zumutung für Plattformen

Für die Plattformen selbst ist die Verpflichtung, Identitäten einzusammeln, eine Zumutung – sie müssten quasi wie Behörden agieren. Die Regelung soll auch für bestehende Accounts gelten – nun im Nachhinein für Millionen Facebook- und Twitter-Userinnen und -User Nachweise einzusammeln, die nicht Bedingung für die Registrierung waren, würde jedenfalls chaotisch.

Aus all diesen Gründen müssen wir nicht nur dem Hass im Netz, sondern auch diesem Gesetz den Kampf ansagen.

SIGRID MAURER ist frühere Grünen-Politikerin. Sexistische Hasspostings gegen sie und ein Gerichtsverfahren entfachten eine Debatte über Hass im Netz. Maurer startete mit dem Verein ZARA einen Rechtshilfefonds auf Respekt.net, der auch weitere Betroffene unterstützt und berät.

## USERSTIMMEN

### Auszüge aus der Debatte zum „Vermummungsverbot“ in den STANDARD-Foren

Betrifft: „Regierung will Anonymität im Netz abschaffen – mit hohen Strafen“ von Muzayen Al-Youssef  
DER STANDARD, 10. 4. 2019

Das bringt uns um viele Meinungen, Ansichten und wichtige Postings.  
Poster „R3vo“  
im STANDARD-Forum

Wer eine Meinung vertreten will, braucht das nicht total versteckt zu tun (Pseudonym für die Öffentlichkeit ist ja weiter möglich). Über die IP-Adresse war zur Not immer schon eruierbar, wer hinter einer Wortmeldung steckt, bloß war das erstens aufwendig und zweitens den Betroffenen unter Umständen gar nicht klar.  
Poster „idefix2“

Was bitte geht die Forenbetreiber meine Identität an? Wenn ich eine strafrechtliche Handlung setze, kann die Polizei ohnehin meine IP und Identität vom Provider erfahren. Es muss aber nicht jeder Forenbetreiber oder Beamte meine politische, religiöse oder sexuelle Orientierung abfragen können!  
Poster „warp.faktor“

Sollte dieses Gesetz Gültigkeit erlangen, werde ich jegliche Leserkommentare einstellen. Begründung: Nicht dass ich vorhabe, Hass und Hetze oder sonstige strafrechtlich relevante Kommentare zu verbreiten. Aber ich möchte meinem Ärger über Missstände Luft machen können beziehungsweise andere Beiträge kommentieren, ohne dass eventuell durch irgendwelche Leaks mein Name publik wird.

Meinungsfreiheit schön und gut, aber ich lebe in einer kleinen Gemeinde, wo jeder jeden kennt, mit teilweise rechts affinen Mitbürgern und belasteter Geschichte vor 80 Jahren und habe kein Interesse, meine politische Gesinnung unter diesen Randbedingungen öffentlich zu machen.  
Poster „Ruabnzuzla“

Nur wenn ich anonym bin, kann ich frei meine Meinung äußern. Das sagt weniger über meine Feigheit aus als vielmehr darüber, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo man offiziell konform sein muss. Wenn nicht, dann hast du Probleme am Arbeitsplatz, und so weiter.

Würden wir in einer Gesellschaft leben, wo freie Meinungsäußerung konsequenzlos akzep-

tiert ist, dann stelle ich mich auch auf die Straße und artikuliere dort. Aber es ist doch so, dass diese Regierung und Herr Kurz im Speziellen einfach nur die totale Kontrolle will.  
Poster „Greg Darwin“

Ich meine mich zu erinnern, dass die Forderung nach „realen Namen“ seitens Facebook kam. Was das brachte, sehen wir täglich. Irgendwie scheint der Patriotismus unseres Hohen Hauses die Bedeutung des Akronyms WWW vergessen zu haben.  
Poster „HudriWudri“

Das ist eine reine Maßnahme zur Symptombekämpfung. Und darüber hinaus kann man auch so seine Kritiker mundtot machen.

Hass entsteht nicht per se in den Onlineforen, sondern schon viel früher. Nämlich im gesellschaftlichen Alltag, wenn zum Beispiel Hass von Parteien salonfähig gemacht wird. Diese Regierung, mit ihrer teilweise menschenverachtenden Geisteshaltung, fördert die Entstehung von Hass, Neid und Missgunst in unserer Gesellschaft. Das, was man mit dieser geplanten Maßnahme bekämpfen möchte, wird teilweise von der Regierung mitverursacht!  
Poster „Aldarin Estucos“

derStandard.at/Web